

Ronny Hildebrandt
Bernd Rathke
Gadebuscher Straße 110
19057 Schwerin

Hildebrandt, Rathke, Gadebuscher Straße 110, 19057 Schwerin
Stadt Schwerin
Verkehrsausschuß
Am Packhof 2-6
19055 Schwerin

vorab per Mail

Schwerin, den 30.10.2016

Gadebuscher Straße zwischen Grevesmühlener Straße und Einmündung Siedlung
Planungen zum Ausbau der Fußwege neben der Fahrbahn
Einsichtnahme in die Planung Variante 4 und 6 am 05.10.2016 in der Stadtverwaltung von 9:30 bis
ca. 10:30
Sitzung des Ortsbeirates am 20.10.2016

Widerspruch zu den Planungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

in der Sitzung des Ortsbeirates am 20.10.2016 wurde mit großer Beteiligung der Bürger über das Projekt diskutiert. Die Aussage der Vorsitzenden des Ortsbeirates am Ende der Sitzung lautete, der Ortsbeirat kann keine Empfehlung zum Ausbau von Rad- und Fußgängerwegen entlang der Gadebuscher Straße geben. Dies soll im der nächsten Protokoll entsprechend bestätigt werden. Mit dieser Aussage wurde die Diskussion in der Sitzung des Ortsbeirates am 20.10.19 mit dem anwesenden Bürgern zu diesem Thema beendet.

Danach wurde durch den Ortsbeirat kurz erklärt, dass eine Planung zur Verlegung des überregionalen Radweges an den Lankower See geplant ist, was nach allgemeiner Kenntnis zur Rückforderung von Projektgeldern durch den Fördergeldgeber führen wird.

Wir, die Anwohner der Gadebuscher Straße widersprechen hiermit nochmals gegenüber dem Verkehrsausschuß den vorliegenden Planungen zum Ausbau der Seitenwege neben der Fahrbahn der Gadebuscher Straße zwischen Grevesmühlener Straße und Siedlung. Dies haben wir bereits gegenüber dem Ortsbeirat getan. Das entsprechende Schreiben haben wir diesem Schreiben beigelegt.

Der Ausbau entsprechend der geplanten Varianten ist nicht zweckmäßig und notwendig und führt zu erheblichen Verschlechterungen der Wohnbedingungen der Anwohner und der Nutzungsbedingungen der Grundstücke.

Darüber hinaus sollen Ausbaubeiträge für die Verschlechterung der Nutzungsbedingungen durch die Ausbaubeitragsveranlagte gezahlt werden. Ein funktionierendes Erschließungssystem soll zum Nachteil der Anwohner und dort ansässigen Gewerbetreibenden verändert werden und diese sollen auch noch dafür hohe Beträge zahlen. Für einige Gewerbetreibende steht durch diese Planung die

Existenz ihres Geschäftsbetriebes auf dem Spiel. Es wird durch die Verwaltung ohne Rücksicht auf das Bürgerwohl eine schlechte Planung vorangetrieben. Diesem Treiben bitten wir im Verkehrsausschuß Einhalt zu gebieten.

Es wurde jahrzehntelang die Unterhaltung des Gehweges auf der Nordseite und auf der Südseite vernachlässigt, die Grundsteuern dagegen aber ohne Nachlässe eingezogen. Ein Beispiel für wenig bürgernahe Politik.

Daher widersprechen wir den vorgelegten Planungen und fordern Sie auf, den Bestand der Erschließungsanlagen zu erhalten ohne Ausbaubeiträge zu erheben.

Die Anwohner fordern daher die Sanierung und regelmäßige Instandhaltung des Gehweges entlang der Gadebuscher Straße zwischen Grevesmühlener Straße und Siedlung, damit hier nicht noch Bürger der Stadt Schwerin zu Schaden kommen.

Die Gadebuscher Straße war eine Bundesstraße in der Straßenbaulast des Bundes. Die Straße wurde nach Auskunft aus dem Stadthaus entwidmet, offensichtlich ohne notwendige Erhaltungsmaßnahmen beim Bund als bisherigem Straßenbaulastträger einzufordern und die notwendigen Mittel dafür vom Bund vor der Umwidmung zu erhalten. Und für diese Schlafmützigkeit der Stadtverwaltung soll jetzt jemand anderes zahlen: der Bürger, der jahrzehntelang Steuern gezahlt hat.

Die Seitenwege werden zum Erreichen der Grundstücke entlang der Gadebuscher Straße seit Jahrzehnten genutzt.

Die Auffahrt auf die Gadebuscher Straße erfolgt an mehreren breit ausgebauten und verkehrssicheren Punkten, die wegen des alten Baumbestandes eine bestmögliche Einsicht auf dem fließenden Verkehr ermöglichen. Dies soll durch einzelne Grundstückszufahrten ersetzt werden, bei denen eine schlechte Einsehbarkeit auf die Gadebuscher Straße besteht, da dort eben dicke alte Bäume stehen. Durch diese schlechte Einsehbarkeit entstehen neue Unfallgefahren beim Verlassen der Grundstückszufahrten mit PKW's. Diese Gefahren bestehen jetzt nicht. Teilweise müssen dann Steigungen zur Gadebuscher Straße überwunden werden, wodurch das Risiko verkehrgefährdender Fahrfehler noch zusätzlich steigt. Jeder Verkehrsteilnehmer kennt die Gefahren zwischen dicken alten Bäumen hindurch den Verkehr zu beobachten und dann auch noch am Berg anzufahren um auf eine stark befahrene Straße zu gelangen. Und das müssten die Anwohner dann jeden Tag mehrfach. Wie können die Planer so ein gefährliches Konzept überhaupt erarbeiten und vorstellen.

Vertreter der Stadt haben auf der Bürgerversammlung zur Vorstellung dieser Planung im Oktober 2015 und September 2016 entrüstet sinngemäß ausgesagt: „Die Lankower sind nie zufrieden mit den Vorschlägen der Stadtverwaltung Schwerin“.

DAS ist falsch, die Anwohner wollen nur in Ruhe und ohne zusätzliche Risiken und Mühsal ihr Leben in Frieden leben. Dieses Begehren sollte auch die Stadtverwaltung der Stadt Schwerin anerkennen.

Es sollen u.a. neben der Hauptfahrbahn Parkplätze erstellt werden, die allerdings nur über den Radweg erreichbar sind. Das führt zu weiteren Unfallgefahren und widerspricht einer regelgemäßen Verkehrsführung. Die Planung ist also schon jetzt fehlerhaft und soll die Bedenken der Bürger zerstreuen. Das böse Erwachen kommt dann nach Abschluß der Planungen, wenn die Bürger nicht mehr in den Planungsprozeß eingebunden waren.

Eine vorhandener Recycling-Containerstellplatz kann augenscheinlich nicht mehr über den Seitenweg erreicht werden, da das Befahren des Radweges nicht erlaubt sein soll. Die Fahrzeuge müssen also auf der Hauptfahrbahn stehen bleiben, um das Recyclingmaterial einzufüllen. Das ist kaum vorstellbar. Wohin dann mit dem Recycling-Containerstellplatz?

Besuche der Familienmitglieder in den Häusern entlang der Straße werden erheblich erschwert, da dort keine ausreichenden Parkmöglichkeiten bestehen, wenn mehrere Besucher dort mit einem Pkw anreisen. Das ist häufig der Fall. Wozu das ganze? Will die Stadtverwaltung die Familien der dort wohnenden Menschen auseinandertreiben und durch unnötige Verschärfung der Verkehrssituation neue Unfallgefahren erzeugen oder dann Straf gelder wegen unrechtmäßigen Parkens abzocken?

Auf der Südseite der Straße zwischen Möllner Str. und Internatskomplex soll ein intaktes asphaltiertes Erschließungssystem komplett abgebrochen und mit vielen ingenieurtechnischen Problemen versehen neu gebaut werden. Das ist mit hohen Kosten verbunden. Es stellt sich die Frage, wozu ein intaktes System unbedingt zerstört wird und dann mit hohen Kosten und Nachteilen für die Anwohner neu gebaut werden soll. So etwas tut kein verantwortlich handelnder Bürger mit seinem Eigentum. Zumal seit dem 25.10.2016 die seit Jahrzehnten ruhenden Unterhaltungsarbeiten in diesem Bereich wieder aufgenommen wurden. Jetzt wird die Pflege der Verkehrsanlagen endlich ordnungsgemäß vorgenommen und anschließend soll teuer umgebaut werden? Schilda lässt grüßen. Die Stadtverwaltung der Stadt Schwerin hat bei der Wiederaufnahme der Unterhaltungsmaßnahmen gezeigt, dass sie selber nicht an die Errichtung des Fuß- und Radweges glaubt.

Die Liste der Verschlechterungen ließe sich noch lange fortführen. Es ist kein Planungskonzept vorgelegt worden, das den Aufwand von Geld, weder von Fördergeldern, noch von Ausbaubeiträgen rechtfertigt. Durch die jetzige vorhandene Form der Gestaltung der Seitenwege ist eine Umgestaltung der Verkehrsführung bei dem vorgelegten Konzept nur mit Einbußen in der Verkehrssicherheit zu erreichen.

Es darf nicht Gegenstand der Politik des Verkehrsausschusses und der Stadt Schwerin sein, zusätzliche Sicherheitsrisiken auf öffentlichen Anlagen planen und bauen zu lassen. Hier greift die Vorsorgeverpflichtung des Staates und auch der Stadt Schwerin und des Verkehrsausschusses. Daher ist die Aufgabe dieser unnötigen und risikobehafteten Planung notwendig.

Nach Aussage der Stadt Schwerin sollen Kosten gemäß Ausbaubeitragssatzung umgelegt werden, für so eine Maßnahme werden Kosten im vierstelligen Bereich, je nach Variante von 2.000 bis zu 10.000 € je Grundstück entstehen, um diese risikoerhöhende Planung auch noch zu bauen. Die Schwankungsbreite kann bei bis zu 100 % liegen. D.h. bis zu 20.000,- können einzelnen Grundeigentümern zur Verschlechterung der Nutzbarkeit ihrer Grundstücke an Kosten entstehen. Die dauerhafte Minderung des Verkehrswertes der Grundstücke wegen nur mehr schwierig möglicher Erreichbarkeit ist hierbei noch nicht berücksichtigt.

Das ist ein unglaublicher Eingriff in die Grundrechte der Grundeigentümer, denen hier die Taschen für eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen auf staatlichen Druck geleert werden sollen.

Es hat in den letzten Jahren in diesem Abschnitt der Straße keine Unfälle auf dem Seitenweg gegeben. Daran zeigt sich, dass hier ein sicheres Verkehrssystem vorhanden ist. Das soll unnötig und mit hohen Kosten aufgegeben werden.

Da, wie im Ortsauschuß bekannt gegeben, demnächst die Verlegung des Radweges auf eine andere Route an den Lankower See geplant wird und umgesetzt werden soll, stellt sich die Frage nach der Sinnhaftigkeit des Handelns der Verwaltung der Stadt Schwerin umso stärker. Hier sind die Mandatsträger der Bürger zur strengen Kontrolle der Verwaltung aufgefordert.

Wir erwarten und glauben fest, dass sich die Bürgervernunft der Mitglieder des Verkehrsausschusses durchsetzt und die Planungen eingestellt werden.

Wir behalten uns weitere Schritte, insbesondere die Gründung einer Bürgerinitiative oder auch den Rechtsweg zur Verhinderung dieser unnötigen, teuren und risikoerhöhenden und damit letztendlich lebensbedrohenden Planungen ausdrücklich vor.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag



Bernd Rathke

Anlage: Brief der Anwohner an den Ortsauschuß Lankow und die zugehörige Unterschriftenliste der Anwohner